

SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 233

Die Merz' Wende und Investitionen

Noch vor der Wahl war die Union strikt dagegen, doch jetzt geht alles ganz schnell: Union und SPD planen massive Investitionen. Was dieser Kurswechsel für Deutschland bedeutet, IMK-Direktor Sebastian Dullien ordnet die Entwicklungen ein.

Marco Herack:

Heute ist Donnerstag, der 6. März 2025. Willkommen zur 233. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und wir haben es endlich geschafft. Das Ergebnis mag nicht jede und jeden erfreuen, aber die Bundestagswahl ist durch und seitdem ist einfach alles anders als vor der Wahl. Und das ging doch jetzt sehr schnell. Und irgendwie ist das doch alles sehr erstaunlich, wie die Union sich jetzt in ihr Gegenteil verkehrt, oder Sebastian?

Sebastian Dullien:

Ja, also ich weiß jetzt nicht, ob man das grundsätzlich so sagen kann. Das werden wir noch sehen. Aber ich glaube, du spielst ja auf die Schuldenbremse an und auf die die Tatsache, dass bis zum Wahlabend 18:00, die Union gesagt hat: Schulden sind nicht gut und man sollte keine weiteren Staatsschulden machen. Und außerdem: Wenn wir irgendwas an der Schuldenbremse ändern, dann erst, nachdem wir über alles andere geredet haben. Und seit Montag nach der Wahl hat Friedrich Merz offensichtlich umgedacht. Und keine zehn Tage nach der Wahl haben wir ein erstes Ergebnis der Sondierungsgespräche mit der Idee, da jetzt doch ganz schnell was zu ändern.

Marco Herack:

Ja, ich habe da so ein intellektuelles Problem mit der Sache, weil ich würde sagen: Super! Aber so sollte Demokratie in Wahlen nicht funktionieren, wenn man irgendwie dauerhaft Glaubwürdigkeit aufbauen will.

Sebastian Dullien:

Also mir geht es da ganz genauso. Ich finde, das Ergebnis, über das wir gleich auch reden werden, finde ich sehr gut. Das ist echt deutlich besser, als was ich erwartet hatte, was man hinkommt. Aber es hat halt so ein bisschen einen schalen Nebengeschmack oder Nachgeschmack.

Marco Herack:

Das war Sebastian Dullien, Direktor des IMK, also des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass ihr uns erreichen könnt, und zwar per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen

Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei. Und damit ihr nichts verpasst, freuen wir uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Ja, Sebastian, die Schuldenbremse. Vielleicht fangen wir doch noch mal ganz, ganz vorne an. Was ist denn die Schuldenbremse? Noch mal zur Erinnerung für alle.

Sebastian Dullien:

Die Schuldenbremse, wie wir sie heute verstehen, dass es eine Regelung, die 2009 ins Grundgesetz geschrieben worden ist und die besagt, dass die Bundesländer überhaupt keine Kredite mehr aufnehmen dürfen. Ab einem gewissen Zeitpunkt. Und der Bund normalerweise maximal 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes als Kredit aufnehmen darf außer in Notsituationen. Dann gibt es noch so Details wie Konjunkturbereinigungen und sowas. Aber ganz kurz: Die Schuldenbremse begrenzt massiv den Spielraum für Kreditaufnahme von Bund und Ländern.

Marco Herack:

Und hat die historische Grundlage oder hat man das damals einfach neu erfunden?

Sebastian Dullien:

In dieser Form hat man es neu erfunden. Aber möglicherweise möchtest du auf die Frage hinaus, ob es schon vorher solche Regeln oder ähnliche Regeln gab, weil manchmal wird gesagt, ohne so diese Schuldenbremse, dann passieren ganz schreckliche Dinge und dann kann der Staat so viel Schulden machen, wie er möchte. Und so ist es nicht.

Es gab vorher im Grundgesetz, also vor 2009, gab es die Regelung, dass man so viel an Kredit aufnehmen darf, wie man investiert. Und damals waren die Bruttoinvestitionen da der Maßstab. Bruttoinvestitionen heißt, dass man Abschreibungen außen vorlässt. Das heißt, jedes Mal, wenn eine neue Brücke gebaut worden ist, dann durfte diese im Prinzip vollständig kreditfinanziert werden, auch wenn sie im Grunde eine alte Brücke ersetzt hat und die alte Brücke abgerissen worden ist. Da haben einige Leute gesagt das ist viel zu großzügig. Außerdem hatte die alte Regel auch so eine Notklausel drin, zur Abwehr der Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, so hieß es damals. Da konnte eben dann auch mehr Kredit aufgenommen werden. Und das hat man auch in der Finanzkrise 2008 / 2009 gemacht. Da gab es ja massive Unterstützungsprogramme und Konjunkturprogramme. Aber damals war es ein politischer Kompromiss, zu sagen: Wenn wir jetzt tatsächlich viel Geld wie übrigens alle anderen Länder auch, in die Hand nehmen, um diese Krise zu bekämpfen, dann sollten wir danach sicherstellen, dass eben später nicht mehr so viel Kredit aufgenommen wird. Und das haben damals SPD und CDU gemeinsam dann ins Grundgesetz reingeschrieben, mit einer Zweidrittelmehrheit.

Aber um noch mal auf die Historie zurückzukommen Diese Version des Artikel 109, von dem ich gerade gesprochen habe, das ist auch nicht die Ursprungsversion, sondern in der Ursprungsversion des Grundgesetzes stand dann noch was anderes. Da stand was von Krediten zu werbenden Zwecken und werbende Zwecke hat jetzt nichts mit Werbung und Anzeigen zu tun, sondern das ist ein Begriff, ein alter Begriff aus, ich glaube aus der Steuerlehre. Da reden wir ja auch von Werbungskosten. Das ist halt, wenn man Kosten hat, wo man hinterher Erträge drauf bekommt. Im Laufe der Geschichte wurde das dann spezifiziert. Wurde das genauer gefasst. Aber wir haben im Grundgesetz eigentlich schon immer eine gewisse Beschränkung für Verschuldung gehabt. Nur das war eben 2008 / 2009 auch in so einer gewissen Ideologiewelt, den Staat zurückfahren zu wollen, war das einigen eben nicht streng genug. Und dann hat man da die Schrauben noch einmal angezogen.

Marco Herack:

Es war aber auch der Legende nach so ein gewisser Unfall damals mit der jetzigen Schuldenbremse, wie wir sie haben. Das wurde den Ländern vorgelegt und die haben unerwarteterweise nicht verhandelt. Und dann gab es eine sehr strikte Schuldenbremse, die eigentlich im Grunde auch wiederum niemand so richtig geplant hat.

Sebastian Dullien:

Ja, also sagen wir mal so, da ranken sich, glaube ich, sehr viele Diskussionen drum. Und ich habe damals schon gelebt und ich war damals auch schon in gewisse parteipolitische Beratungen eingebunden. Also man kann immer sagen, da war ein gewisser Unfall dabei. Aber das Interessante ist, ich meine, da ist darüber diskutiert worden. Und im Bundestag haben 2/3 der Abgeordneten, einschließlich der allermeisten SPD-Abgeordneten damals dieser Schuldenbremse zugestimmt. Da gibt es auch irgendwelche Gerüchte, dass da irgendwelche Spitzenpolitiker der SPD dann mit Rücktritt gedroht hätten, wenn das nicht durchgeht. Also am Ende schon relativ schnell nach der Verabschiedung wollte es dann keiner gewesen sein, der da zugestimmt hat.

Das ist schon ein bisschen komisch und ich finde schon. Also auch wenn jetzt sagt, man hat dann gehofft, dass nachdem man im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit dafür hat oder wie auch immer, dass dann die Länder noch verhandeln würden. Also ich finde das komisch. Was soll da die Logik sein? Soll die Bundesregierung versuchen, die Länder einzuschränken? Also ich finde, wenn du eine Grundgesetzänderung, und dann sind wir vielleicht gleich auch bei den Sachen, die jetzt gerade wieder diskutiert werden. Wenn du eine Grundgesetzänderung vorschlägst und auch zur Abstimmung stellst, dann soll das bitte schön nicht irgendwie eine extreme Verhandlungsposition sein, sondern dann mach doch bitte einen vernünftigen Vorschlag. Und das andere finde ich schon reichlich verantwortungslos.

Marco Herack:

Dafür sind wir beide doch jetzt auch alt genug, oder? Dass nicht alles da immer dem Ideal sondern auch sehr viel Ideologie und Gedanken da reinspielen.

Sebastian Dullien:

Wir sind auch alt genug, um schon ziemlich viele schlimme Unfälle gesehen zu haben und von daher. Von daher... Ja.

Marco Herack:

Gut, bevor wir da jetzt zu weit abweichen. Vor allen Dingen wollen wir ja jetzt auch nicht betonen, dass wir schon so alt sind. Muss man ja auch aufpassen.

Was wir jetzt dann gesehen haben, war 2022 das große Thema: Zeitenwende. Da gab es dann das Sondervermögen als Ausweg aus der Schuldenbremse oder als Überbrückung oder was auch immer. Aber das Sondervermögen wiederum ist auch etwas, was über das Grundgesetz geregelt werden muss.

Sebastian Dullien:

Also jetzt erst mal Sondervermögen. Ist ja ein etwas komisches Wort. Es hört sich jetzt so an, als hätten wir plötzlich mehr Vermögen für irgendwas. Das Sondervermögen ist ein technischer Begriff, wo man einen Geldtopf hat, der nicht im normalen Haushalt drin ist und der nicht unter die normalen Haushaltsregeln fällt. Das heißt, dieser Haushalt kann keinen Schulden aufnehmen, dann sagt man, das Sondervermögen darf jetzt einen Kredit aufnehmen und dann wird das nicht für den Bundeshaushalt mitgezählt. Warum macht man so was? Die Schuldenbremse ist eben für den Bundeshaushalt und für den Länderhaushalt. Und außerdem steht da drin... Naja, wenn man es wirkungsvoll beschränken möchte, dann kann man natürlich auch nicht erlauben, dass dann beliebig viele Sondervermögen aufgebaut werden nebenher. Und darum sind neue Sondervermögen auch begrenzt durch die Schuldenbremse. Das darf man nicht ohne Weiteres machen, sondern man muss dafür wieder das Grundgesetz ändern. Und dafür haben die SPD, FDP, Grünen und die CDU nach Ausbruch des Ukrainekrieges in den Artikel 87 a im Grundgesetz ein Sondervermögen reingeschrieben. Und da steht jetzt drin, dass es ein Sondervermögen einmalig gibt, dass bis zu 100 Milliarden € haben darf. Und das kann eben Kredit aufnehmen und das wird nicht zur Schuldenbremse gezählt. So, und das war Anfang 2022, als eben dieser Angriff auf die Ukraine kam und man festgestellt hat: Wir haben eigentlich zu wenig investiert und wir müssen das schnell machen. Das war dann der Kompromiss, den man da gemacht hat.

Marco Herack:

Und genau dieses Sondervermögen kommt nun irgendwie wieder ins Spiel. Also Union und SPD, ich versuche das mal zusammenzustanzen und lasse es mir dann von dir im Größeren erklären, die ja auch vermutlich beide in einer Koalition landen werden. Zumindest mit hoher Wahrscheinlichkeit kann man das behaupten. Die haben sich jetzt nach der Wahl im Schnellverfahren darauf geeinigt die Schuldenbremse muss reformiert werden. Das Ganze steht vorbehaltlich der Zustimmung der

Grünen. Auf die FDP braucht man wohl nicht setzen, denn das Ganze soll jetzt auch noch vom alten Bundestag beschlossen werden. Auf was genau hat man sich denn da jetzt geeinigt?

Sebastian Dullien:

Im Grunde sind vier Elemente, auf die man sich geeinigt hat. Also erstmal hat man gesagt, man schafft ein Sondervermögen für Infrastrukturinvestitionen in Größenordnung von 500 Milliarden €. Davon sollen 100 Milliarden an die Länder gehen. Der Rest, den soll der Bund verteilen und der Bund entscheiden, was damit passiert. Das soll über zehn Jahre laufen, das heißt über zehn Jahre kann man dieses Geld zusätzlich an Kredit aufnehmen, um Investitionen zu tätigen. Dann, als zweites Element, sollen alle Verteidigungsausgaben, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, auch nicht mehr auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das heißt, wenn ich zweieinhalb Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausbe, dann darf ich mir anderthalb Prozent des BIPs leihen dafür. Und das ist auch unschädlich mit der Schuldenbremse. Das dritte Element ist, dass die Länder genau den Verschuldungsspielraum bekommen, den der Bund jetzt auch schon in der Vergangenheit hatte. Also noch mal 0,35 % des BIPs dürfen die Länder sich auch verschulden. Die durften bisher sich eigentlich gar nicht verschulden.

Diese drei Sachen sollen jetzt noch ganz schnell vor Konstituierung des neuen Bundestages in das Grundgesetz geschrieben werden. Und das vierte Element ist, dass sie gesagt haben: Wenn der neue Bundestag da ist, dann setzen wir eine Kommission ein. Wir machen eine vernünftige, langfristige Reform, und die verabschieden wir bis Jahresende. Also ich meine, man kann jetzt sehr deutlich sagen, de facto, wenn das so durchkommt, sprechen wir noch mal drüber. Dann ist die Zeit der engen, Schuldenbremse ist vorbei. Damit ist die Schuldenbremse eigentlich erledigt, wie es sie bislang gegeben hat.

Marco Herack:

Also ich finde, das klingt ja erstmal nach einem ordentlichen Kompromiss, auch weil ich das Gefühl habe: Okay, da wird jetzt erst mal was behoben mit dem alten Bundestag, was uns, glaube ich wirklich allen jetzt sehr brennt, wo wir auch wirklich große Risiken haben als Land. Und auf der anderen Seite, bei dem Sondervermögen könnte man sich noch streiten, ob das nicht vielleicht auch von dem neuen Bundestag gemacht werden sollte. Aber die Verteidigungsausgaben definitiv. Aber die Reform der Schuldenbremse an sich wird dann im neuen Bundestag und da weiß man ja schon, dass man sich mit der Linken wird einigen müssen. Und da wurde seitens der SPD der Friedrich Merz wohl auch sehr direkt gefragt: Redest du dann mit denen? Und da war die Antwort: Ja.

Also wo ich das Gefühl habe, okay, das ist jetzt nicht einfach so, man gibt sich selber auch einen Freifahrtschein, sondern man, jetzt mal so abstrakt gesprochen, das

ist ein Kompromiss einerseits, aber der ist auch zukunftsweisend andererseits und damit sollten im Grunde alle gut leben können.

Sebastian Dullien:

Ja, also ich würde das auch so sehen. Ich finde auch, dass das jetzt die Probleme, die, die uns die Schuldenbremse gebracht hat und die wirklich absehbar waren, erst mal ja für die nächsten Jahre ausräumt. Also die notwendigen Dinge können gemacht werden. Sowohl bei den Investitionen als auch bei der Verteidigung kann man sich streiten, was wirklich notwendig ist. Aber ich glaube, bei den Investitionen sind wir uns da sehr einig. Darum hat man da auch eine Summe reingeschrieben. Und bei der Verteidigung hängt es sehr stark auch davon ab, was so passiert in der Welt. Darum hat man da, glaube ich, keine Summe reingeschrieben. Das finde ich durchaus vernünftig so, man hat den Ländern jetzt schnell geholfen, denn die leiden unter auch den Problemen, zum Beispiel der Konjunkturbereinigung, wie das heißt, bei der Schuldenbremse. Weil da ist halt ein Problem bei dem, wie es bislang gemacht wurde, dass wir eine Phase der langen Stagnation haben. Dann wird diese Stagnation durch diese technischen Verfahren implizit als Normalzustand angesehen und dann schrumpft, obwohl die Wirtschaft nicht mehr wächst, immer weiter der Kreditspielraum. Und die Länder haben im Moment ganz massive Probleme damit durch die Bank. Und von daher ist das echt gut, dass das so zusammengekommen worden ist und dass man jetzt danach über eine richtige Reform redet. Das ist auch gut. Denn bis auf ein paar, die schon immer eigentlich den Staat kleinkriegen wollten und an der Handlungsfähigkeit des Staates nicht interessiert waren, ist eigentlich niemand mehr da, der die alte Schuldenbremse noch verteidigt. Das war einfach echt ein Fehler. So muss man sagen, dass man die so ins Grundgesetz geschrieben hat. Und jetzt ist das breit erkannt und wird hoffentlich behoben.

Sebastian Dullien:

Was die Militärausgaben betrifft man hat das offen gelassen. Auf der anderen Seite könnte man ja sagen, es gibt über die EU, ich sage mal in Klammern ‚noch‘, weil da gibt es ja vielleicht auch bald noch mal eine Ausnahmeregelung, eine 1,5 % Grenze. Das heißt also, solange die gilt, wäre das ja dann trotzdem begrenzt mit den Militärausgaben.

Sebastian Dullien:

Naja, wir haben alle möglichen Grenzen auf der europäischen Ebene. Wir haben ja den Maastricht Vertrag, da ist das Gesamtdefizit also jetzt nicht strukturell usw. auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes begrenzt. Wenn man das überschreitet, dann werden sogenannte excessive Deficit Procedures eingeleitet. Und nur mal um das einzuordnen Deutschland ist da im vergangenen Jahr bei 2,8 % gewesen. Da waren ein paar Sonderfaktoren bei usw., das heißt da wäre überhaupt gar nicht so viel Spielraum. Wir haben aber Ursula von der Leyen auch diese Woche gehört und sie hat gesagt: Diese Verteidigung Europas ist im Moment so wichtig, dass sie da jetzt auf europäischer Ebene eben dafür sorgen werden, dass das kein Problem ist. Und

diese 1,5 % strukturelles Defizit, von denen du geredet hast, die stehen im Wachstums- und Stabilitätspakt drin. Das ist ein einfaches Gesetz auf europäischer Ebene. Das heißt, das kann man über das normale Gesetzgebungsverfahren, und den entsprechenden Mehrheiten in Parlament und Rat, kann man das auch wieder ändern. Es ist letztes Jahr auch geändert worden, in 2024. Na gut, das war dann halt jetzt eine Neuregelung, die wahrscheinlich keine besonders lange Halbwertszeit hatte.

Marco Herack:

Die haben das offen gelassen bei der Bundeswehr, was dann auch diese Flexibilität bringt. Auf der EU-Ebene wird man auch noch mal Gelder, ich will jetzt nicht sagen ‚locker machen‘, aber aufbringen. Da weiß man noch nicht so hundertprozentig, wie das in den Verhandlungen ausgeht. Aber es sieht nach staatlichen Garantien aus. Über ein ESM-Konstrukt. Also das muss man einfach mal abwarten. Und das heißt, man könnte jetzt schon vermuten, dass das, was für die Verteidigung gebraucht wird, je nach Lage und je nach Entwicklung. Und da reden wir ja darüber, dass wir vielleicht weniger Verbündete haben in der Zukunft, als wir sie hoffen jetzt zu haben. Da kann man beruhigt sagen, da wird es wenig Blockaden geben. Also ohne Blockaden wird es sicherlich nicht laufen, aber da ist man handlungsfähig. Bei dem Sondervermögen, das man jetzt schafft, für die Investitionen. Über wie viel Jahre wird denn das ausgerollt?

Sebastian Dullien:

Also ich habe gelesen oder mitbekommen, dass das jetzt über zehn Jahre ausgerollt werden soll. Das ist auch vernünftig. Das ist auch das, was wir immer vorgeschlagen hatten.

Marco Herack:

500 Milliarden über zehn Jahre heißt jedes Jahr 50 Mrd. €.

Sebastian Dullien:

Genau.

Marco Herack:

Ihr hattet 600 Mrd. vorgeschlagen, zusammen mit dem IW.

Sebastian Dullien:

Also bei uns muss man noch ein bisschen vorsichtig sein. Bei uns waren das 600 Milliarden in Preisen des Jahres 2024 und jetzt sind es 500 Milliarden in jeweiligen Preisen. Und da die Preise immer ein bisschen steigen bei uns, also meinetwegen eine Straße, die du jetzt im Jahr 2034 baust, die heute 100 Millionen kostet, kostet dann vielleicht 110 Millionen. Und das heißt, diese 500 Milliarden sind, wenn du die auf die 600 Milliarden übersetzen, würde es ein bisschen weniger als 500 Milliarden. Das heißt, da bleibt noch eine gewisse Lücke, aber die ist nicht riesengroß.

Marco Herack:

Okay. Und es wurden aber auch Ausgabenzwecke definiert. Das fand ich ja auch sehr interessant. Also da hat man gesagt, also da gibt es Bereiche, in die wir hinein-investieren wollen. Das wäre Verkehrsinfrastruktur, Zivil- und Bevölkerungsschutz, Krankenhäuser, Energie, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie Digitalisierung. Fehlt dir da was?

Sebastian Dullien:

Na ja, da ist Klimaschutz, ist da jetzt nicht drin. Und das ist ja auch die Frage, wie das die Grünen noch betrachten werden. Und es ist auch interessant, dass die Krankenhäuser da jetzt explizit genannt worden sind, denn die sind bei unseren 600 Milliarden mit dem IW nicht drin gewesen. Wir haben die damals explizit nicht betrachtet, weil erstens wir keine Expertise für den Gesundheitssektor haben, aber zweitens es politisch auch nicht ganz klar war, wer das am Ende bezahlt. Rein rechtlich ist es klar die Länder sollen die bezahlen, die Krankenhaussanierungen. Die haben aber kein Geld. Und darum gab es da so eine komische Konstruktion mit einem Strukturfonds, wo die Krankenkassen einzahlen sollten. Wie das jetzt dann damit läuft, das werden wir jetzt sehen. Prinzipiell wäre das natürlich gut, wenn man das nicht die Krankenkassen zahlen lassen würde, sondern der Gesamtstaat. Denn bei den Krankenkassen ist es so: Wenn die jetzt die Krankenhaussanierungen zahlen müssen, dann steigen die Beiträge. Und das ist ja etwas, was man im Moment eigentlich ganz gerne verhindern möchte. Also lange Rede, kurzer Sinn Klimaschutz fehlt, glaube ich bei dem, was da jetzt aufgezählt worden ist. Und dafür sind in der Liste die die Krankenhäuser drin, die wir nicht drin hatten. Aber mal sehen. Es ist ja kein Gesetz, das ist ja ein Sondierungspapier. Ich weiß nicht, welche Version du vorliegen hast. Die Version, die da abends veröffentlicht ist. Da waren ja auch Layoutfehler noch drin. Also das ist ja auch sehr schnell gegangen. Das heißt, wir wissen nicht, wie es dann tatsächlich durch Bundestag und Bundesrat läuft.

Marco Herack:

Ich glaube, viel entscheidender ist ja im Grunde, wenn man sich dann dafür entscheidet bei dieser ganzen Geschichte. Ein paar Reformen braucht es ja dann trotzdem. Also es muss ja irgendwo schon dann auch in diese Richtung gehen, dass man Investitionshemmnisse abbaut, Regulierungen für Brückensanierung und was weiß ich noch alles. Also, dass man das ein bisschen so entschlackt, dass das auch alles viel schneller stattfinden kann und sich nicht über 20, 30 Jahre zieht, weil dann hilft uns auch das Geld nicht, weil es wird ja dann eh nicht abgerufen.

Sebastian Dullien:

Also ich meine, das ist schon wichtig, was du da sagst. Das haben wir aber auch immer gesagt. Also das zusätzliche Geld ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, dass die Infrastruktur jetzt auch besser wird. Also man braucht es, ohne das Geld geht es nicht. Aber wenn man das jetzt nicht vernünftig macht, dann hat man auch am Ende nicht die bessere Infrastruktur. Ich bin relativ hoffnungsfroh,

dass da auch was gelingen kann. Die Ampelkoalition hat zum Beispiel die Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Energienetzen ganz massiv beschleunigt. Und wenn man jetzt mit Leuten redet, die in dem Netzunternehmen arbeiten oder die bei der Bundesnetzagentur sind, die können einem das sehr eindrücklich erklären und erzählen, wie viel schneller heute Planung und Baubeginn bei sowas ist. Und meine Hoffnung wäre, dass man das jetzt für Verkehrsinfrastruktur auch so ähnlich hinbekommt und dass man dann diese Sachen schnell umsetzen kann. Also von daher ist es auch gut, dass da Digitalisierung mit drinsteht. Denn zum Teil könnte man, glaube ich, Dinge stark beschleunigen, wenn man auch digitalisiert. Aber man braucht eben Geld, um diesen Schritt der Digitalisierung erfolgreich zu gehen. Und da wird diese neue Regierung dann auch echt zu arbeiten haben.

Marco Herack:

Also zu Digitalisierung habe ich letztens mit einem Digitalisierungsexperten gesprochen und da ist auch ein Problem, dass es halt sehr viele Kompetenzen gibt, die alle nicht sonderlich gebündelt sind. An jeder Stelle ist jemand anders zuständig. Gerade da gibt es auch sehr viel zu entschlacken.

Ich habe bei Jens Südekum in einem Interview gelesen, dass er von einem kreditfinanzierten finanzpolitischen Impuls in Höhe von 150 Milliarden € im Jahr ausgeht. Das klingt ja sehr gewaltig.

Sebastian Dullien:

Das kommt mir jetzt doch sehr groß vor, ehrlich gesagt. Also 150 Milliarden, das sind fast 4 % des Bruttoinlandsproduktes.

Marco Herack:

Also er rechnet da auch die Länder wohl mit rein.

Sebastian Dullien:

Ja, aber da muss man jetzt vorsichtig sein, weil die Länder hätten im Moment massiven Kürzungsnotwendigkeit. Das heißt, die Frage ist was ist mein Referenzrahmen? Ist das ein Impuls, den ich jetzt obendrauf setze, wie die Wirtschaft läuft? Oder ist es ein Impuls, dass ich auf eine hypothetische Welt draufsetze, wo erst mal alles gekürzt wird, was man so kürzen muss, um die Regeln alle einzuhalten für die nächsten Jahre? Und wir würden das Erstere tun. Also wenn wir jetzt die Wirkung uns angucken wollen, dann würden wir sagen wie ist es von da, wo wir kommen und wie kann das man das Wachstum da ankurbeln? Und da halte ich 150 Milliarden jetzt zu groß. Also 150 Milliarden als dauerhafter Impuls kreditfinanziert, würde ja auch bedeuten, dass wir das Defizit noch mal um 4 % des Bruttoinlandsprodukts ausweiten. Und dass das fände ich angesichts des aktuellen Defizits auch einfach für die Schuldentragfähigkeit zu groß.

Marco Herack:

Also vielleicht eher die Erwartungen ein bisschen niedriger ansetzen.

Sebastian Dullien:

Die Erwartung ein bisschen niedriger. Es wird auch nicht alles sofort auflaufen. Also wenn ich jetzt dieses Geld habe zum Brücken sanieren, Schienen bauen, Straßen sanieren, dann ist das ja nicht so, dass wir an Ostern die Regierung wählen und am 1. Mai fließt dieses Geld. Also funktioniert es ja nicht, sondern es wird ein paar Projekte geben, die man schnell anstoßen kann, wo man vielleicht auch was beschleunigen kann. Aber das dauert einfach, bis da der Impuls kommt. Dann bei der Verteidigung muss man sich auch noch fragen: Wird das jetzt ein gesamtwirtschaftlicher Impuls für Deutschland oder woanders hin? Also wenn man F 35 Kampfflugzeuge aus den USA kauft, was offensichtlich zum Teil geplant ist, kann man sich jetzt darüber streiten, ob das sinnvoll ist oder nicht. Aber dann hat das natürlich für die deutsche Wirtschaft keinen direkten Impuls, weil das einfach alles Importe sind. Dann habe ich zwar eine Verschuldungserhöhung, aber keinen konjunkturellen Impuls. Also wir würden den deutlich kleiner einsortieren.

Marco Herack:

Da können wir vielleicht in der Zukunft noch mal drüber reden, wenn genaue Zahlen bekannt sind und erst mal euch angeguckt habe. Aber das ist ja schon durchaus in der Logik, die ihr ja auch angelegt habt, als wir die Diskussion vor der Wahl hatten, dass man mit einem ordentlichen Investitionspaket durchaus auch Wachstum schaffen würde in Deutschland, was dann auch wiederum zur Finanzierung des Ganzen beiträgt.

Sebastian Dullien:

Genau. Nur bei uns war das Argument nicht und wir haben da Simulationen zu gemacht. Vielleicht können wir es mal in die Shownotes packen. Das haben wir im Januar erst gemacht, wie so ein 600 Milliarden Paket kreditfinanziert umgesetzt würde. Und das Interessante war: Man hat zwar am Anfang so ein Nachfrageimpuls. Aber der wichtige Wachstumsimpuls kommt bei der Infrastruktur von der Angebotsseite, dass einfach die Straßen besser sind, die Verkehrswege, die Kommunikationsnetze usw. und dadurch die Beschäftigten und auch die Anlagen in Deutschland produktiver werden und dann auch dann der Privatsektor auch mehr investiert.

Marco Herack:

Werden wir euch in die Shownotes stellen. Bis zu 3.600 € zusätzliches BIP pro Kopf hattet ihr da ausgerechnet. Wenn man da jetzt mal mit dem, was wir nicht wissen, was wir ja auch immer wieder thematisieren müssen, dass jetzt zwar einiges bekannt ist, aber eben noch viele Details fehlen, ist es auf alle Fälle mal der richtige Weg, der da eingeschritten wird. Und man kann quasi nur hoffen, dass das jetzt dann auch weitergeführt wird und nicht sich irgendwo verhakt und dann abgebrochen wird, weil das ist ja sicherlich auch noch eine Möglichkeit.

Sebastian Dullien:

Also da kann man jetzt nur hoffen. Was einen ja wirklich sehr positiv stimmt, ist diese Geschwindigkeit mit dem die neue, ja Koalition kann man noch gar nicht sagen, mit der die beiden Parteien oder die drei Parteien, die beiden Unionsparteien, die SPD, die da sich zusammengesetzt haben, jetzt eine so vernünftige Lösung in so kurzer Zeit gefunden haben. Das ist ja wirklich eine sehr, sehr gute Nachricht.

Marco Herack:

Ja, ich habe so das Gefühl, das ist möglich, wenn Krise ist. Und zumindest mir hat Friedrich Merz glaubhaft machen können, dass er durch das, was er gesehen hat und aus den Gesprächen, die er auch mit diesem JD Vance usw., was er da wohl erfahren hat. Also ich nehme ihm das ab, dass er da wirklich auch innerlich ein bisschen eine Wende hingelegt hat, auch wenn klar war, dass er an die Schuldenbremse ran muss. Aber das würde ich ihm schon abnehmen, dass er da eine neue Notwendigkeit sieht.

Sebastian Dullien:

Ja, ich kann es nur hoffen. Also Friedrich Merz. Man hat ihm ja sonst auch in den Medien oft vorgeworfen, dass er manchmal erratisch ist. Wenn das jetzt aber tatsächlich genuin ist, seine Positionierung, dann fände ich das sehr gut. Und dann wäre das, glaube ich, auch sehr gut für Deutschland.

Marco Herack:

Eines der größeren Risiken für die ganze Sache. Also wir haben jetzt, glaube ich, über den Bundestag geredet. Bundesrat wäre auch noch ein Thema. Da sieht es glaube ich auch nicht so ganz klar aus, ob da alle mitziehen.

Sebastian Dullien:

Ja, also im Bundestag, da gibt es zwei Schwierigkeiten. Einmal müssen die Grünen zustimmen und dann müssen alle Leute da sein oder ausreichend Abgeordnete da sein und mitstimmen. Nur kurz zur Erinnerung: Viele von denen sind ja nicht in den neuen Bundestag gewählt worden und da kann ich nicht einschätzen, wie zum Beispiel auch Unionsabgeordnete bei so was sich verhalten, die jetzt rausgeflogen sind und in denen dieser Kurswechsel vielleicht doch ein bisschen zu schnell ging. Und das muss man abwarten. Und die zweite Sache ist dann der Bundesrat. Wenn man alle Landesregierungen rausnimmt, da sind ja auch so viele Parteien inzwischen, die da irgendwo drin sind. Wenn man alle Landesregierungen rausnimmt, wo entweder die FDP, die Linken, das BSW oder die Freien Wähler nicht vertreten sind, dann gibt es keine verfassungsändernde Mehrheit. Das heißt irgendeines von diesen Ländern müsste noch mitstimmen.

Marco Herack:

Bayern mit den Freien Wählern dann wahrscheinlich?

Sebastian Dullien:

Würde man vermuten, dass Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, sich darum gekümmert hat, dass seine Regierung da mitstimmen kann. Das weiß ich natürlich nicht, was da gelaufen ist oder dass auch in Ostdeutschland eines der Länder mit Linken oder BSW-Beteiligung, dass die sehen das, dass das für sie selber jetzt doch eine ganz schöne Entlastung bringen würde. Diese zusätzliche Verschuldung, Spielräume für die Länder. Aber ehrlich gesagt, das weiß ich nicht. Das muss man dann sehen. Das wäre natürlich jetzt schon sehr dramatisch, wenn das nicht kommen würde an der Stelle. Damit wäre diese Regierung schon fast gescheitert, bevor sie überhaupt angetreten ist.

Marco Herack:

Ja, also vor allen Dingen bei so einem großen Projekt, wo man dann sagt: Okay, wir ziehen das jetzt durch und dann kriegt man das nicht zusammen. Das wäre ja verheerend. Also in vielfacher Hinsicht.

Sebastian Dullien:

Eines der Ziele ist ja tatsächlich, auch gegenüber den USA und dem Rest der Welt Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das hat man jetzt gemacht. Das würde dann natürlich wieder zerschossen. Und das Signal ist auch in der Welt angekommen, wenn man sich die Marktreaktionen anguckt, jetzt, gestern und heute. Wir haben eine ganz massive Aufwertung des Euro gesehen. Wir haben einen Anstieg der Aktienkurse in Deutschland gesehen, wir haben einen Anstieg der Zinsen gesehen. Die Welt hat wahrgenommen, dass hier in Deutschland sich ein Paradigmenwechsel abzeichnet.

Marco Herack:

Das ist wahr. Gerade der Euro war da sehr erfreulich. Es gibt dann allerdings auch noch immer viele Faktoren, die da noch dazukommen, wie jetzt gibt es Zölle auf alle und alles und dann irgendwie doch nicht und dann wieder Ausnahmen und dann darf sich die Autoindustrie wieder freuen usw. Das vertiefen wir dann aber ein andermal. Für den Moment. Sebastian Dullien Danke für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke Marco für die Moderation.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt zu dieser komplexen Lage, insbesondere zur Schuldenbremse, dann sendet sie uns gerne an systemrelevant@boeckler.de. Das ist unsere E-Mail-Adresse. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte per E-Mail einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei. Und damit ihr nichts verpasst, freuen wir uns, wenn ihr uns in einem Podcast zu eurer Wahl

abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören. Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.